



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 25. August 2010
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr
Beginn (öffentlicher Teil): 19:30 Uhr

Ende: 19:30 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten Nrn. 23/10, 24/10 (Drucksachenband 150)

Drucksachenlisten Nrn. 25/10, 26/10 (Drucksachenband 151)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0122 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung werden folgende Punkte zugesetzt:

- Verlagerung der Poststelle und des Druck-Centers in das Gebäude Hasengartenstraße 21
- Freigabe und Genehmigung von Mitteln für die Sanierung der Kanalisation auf dem Gelände des Südfriedhofs
- Rechtsschutzversicherung

2. Zu Beginn der Sitzung werden die Punkte, zu denen keine Diskussion gewünscht wird, hinter einander abgestimmt.

3. Es werden ansonsten keine Bedenken gegen die Tagesordnung erhoben.

Einstimmig

Die Punkte zu den Beschlussnummern 0123 bis 0137 werden ohne Aussprache abgestimmt.

0123 09-A-19-0006

129. Vergleichende Prüfung "Trinkwasser in Großstädten"

Einstimmig

0124 10-V-20-0044

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0125 10-V-67-0009

Neugestaltung Kinderspielplatz Schulberg

Einstimmig

0126 10-V-51-0029

Dynamisierung des Leistungsvertrages Mädchentreff e. V.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- 0127** **10-V-51-0034**
- Finanzierung der Kindertagesstätten der AWO e. V., Dynamisierung der bestehenden Leistungsverträge
- Einstimmig
- 0128** **10-V-40-0027**
- Bereitstellung zusätzlicher Bauunterhaltungsmittel für die Wiesbadener Schulen
- Einstimmig
- 0129** **07-F-22-0002**
- Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -
- Einstimmig
- 0131** **07-A-19-0017**
- Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen
- Einstimmig
- 0133** **07-A-19-0022**
- Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon
- Einstimmig
- 0136** **10-V-67-0015**
- Freigabe und Genehmigung von Mitteln für die Sanierung der Kanalisation auf dem Gelände des Südfriedhofs
- Einstimmig
- 0137** **10-V-30-0016**
- Rechtsschutzversicherung
- Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0139 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 08.06.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

0140 10-F-02-0002

Pachtvertrag Wartburg
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 17.08.2010 -

Stv. Gerich bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Diesem Vorschlag schließt sich Vors. Tollebeek an, man könne die Anträge zwar jetzt besprechen, aber auch er erwartet eine schriftliche Beantwortung.

Stv. Kienast-Dittrich fragt nach, ob man auch den neuen Pachtvertrag sehen könne.

Stadträtin Thies sichert zu, dass dem Ausschuss der Pachtvertrag nach Abschluss zur Kenntnis gegeben wird.

Auf die Vorfälle in Bezug auf die Verpachtung gehen sie und Herr Funk wie folgt ein:

Die Presseveröffentlichungen waren die Höhepunkte der Auseinandersetzungen. Intern habe man versucht, eine einvernehmliche Regelung zu finden. Die Wartburg-Gastronomie war von Anfang an als Theaterkneipe gedacht und sollte vorwiegend den Theaterbesucher/innen als Treffpunkt vor oder nach der Vorstellung dienen. Durch diese Ausrichtung war auch der moderate Grundpreis begründet. Alle Beteiligten hätten auch von den Einschränkungen gewusst. Es habe aber von Anfang Schwierigkeiten gegeben, die aber in nicht-öffentlicher Sitzung besprochen werden müssten. Die Fragen aus dem Antrag könne man aber zum größten Teil öffentlich beantworten.

Herr Funk: Die öffentliche Ausschreibung hat 4 Interessenten ergeben. Kriterien waren wirtschaftliche Stabilität, Erfahrung im Gastronomiebereich und die Vorlage eines Konzeptes. 2 Bewerber schieden wegen mangelnder Erfahrung aus, 2 kamen in die engere Wahl. Man habe sich einvernehmlich auf den jetzigen Pächter geeinigt. Der jetzige Pächter hatte sich auch schriftlich damit einverstanden erklärt, parallel keine Veranstaltungen in der Kneipe durchzuführen, um den Theaterbetrieb nicht zu stören und hatte auch die Kooperation mit dem Theater bestätigt.

Die Pacht setzte sich aus einem Sockelbetrag und einem Umsatzanteil zusammen. Anfänglich lief das Lokal sehr gut. Dann ging die Ausrichtung der Theaterkneipe in Richtung Restaurant, das z. B. für Firmenfeiern reserviert wurde.

Der Bitte, die Veranstaltungen mit 41 abzustimmen, wurde nicht nachgekommen. Es gab mehrere Moderationsgespräche mit Herrn Bauscher, dem Kulturamt und dem Pächter, Ende Januar noch ein weiteres Gespräch mit dem Pächter. Es wurden Vorgaben vereinbart, die die Verpächterin auch versicherte einzuhalten (z. B. nicht voll eindecken). Es wurde dem Pächter auch noch einmal klar gesagt, dass man Sonderveranstaltungen (z. B. Krimiabend) vorab absprechen müsse. Der Pächter hatte

aber das Lokal auch für Privatfeiern (Hochzeit) geschlossen, was mit dem bestehenden Vertrag nicht mehr in Einklang zu bringen war.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Die Kooperation war schwierig. So hatte die LHW darum gebeten, auf die Außenübertragung von Spielen der Fußball-WM zu verzichten, woran sich der Pächter aber nicht hielt, obwohl zeitgleich die Theaterbiennale in der Wartburg lief und die Außenübertragung eine akustische Beeinträchtigung der Biennale nach sich zog.

In Bezug auf die Renovierung wurde der Pächter vom Hochbauamt immer einbezogen, hat auch die Protokolle bekommen. Er wusste auch, dass es Restarbeiten gibt, die in den Theaterferien ausgeführt werden sollten. Die Arbeiten fanden dann in dem Zeitraum gar nicht statt. Die Renovierungsarbeiten bezogen sich auf den oberen Bereich des Theaters, nicht auf das Lokal.

Im Personal-/Sozialraum im Keller hatte der Pächter eine Waschmaschine und einen Trockner aufgestellt. Er hatte unzureichend gelüftet und durch die Feuchtigkeit war es zu Schimmelbildung und zu Stockflecken gekommen. Im Moment werden die Schäden vom Hochbauamt erfasst und die entstandenen Kosten dem Pächter gegenüber geltend gemacht. In 2 Lagerräumen im Keller trat durch die Restfeuchte Kalk aus. Einen Schlüssel zu den Kellerräumen oder dem Lokal hatte das Kulturamt nicht mehr.

Seit Ende Mai hatte sich die Situation extrem hochgeschaukelt. Der Zuspruch zum Lokal und die Einnahmen waren gesunken. Der Pächter hatte daraufhin die LHW aufgefordert, bei den Auflagen zurückzurudern und kündigte an, dass er den Pachtzins nicht mehr zahlen können. Das Kulturamt forderte ihn auf, die Pacht weiter zu zahlen, wobei letztlich für einen Monat kein Zins gezahlt wurde.

Es wurde eine Brandschutzverhütungsschau durchgeführt - hier gab es verschiedene Mängel. Diese sollten beseitigt werden, aber der Bitte wurde nicht nachgekommen. Es wurden außerdem Speisereste gelagert und nicht abgeholt, so dass letztlich der Kammerjäger einschreiten musste. Am 10.08.2010 kam es von Seiten des Pächters zu einer außerordentlichen Kündigung. Am 11.08. hat dann die LHW auch außerordentlich gekündigt, sonst hätte er Schadenersatz verlangen können.

Stv. Oschmann berichtet, dass es schon um die Jahreswende zu Unstimmigkeiten gekommen sein. Es gab Abmahnungen, dann wurde wieder gezahlt und dadurch war der Abmahnungsgrund weggefallen. Eine Strategie oder ein stringentes Verhalten von Seiten des Magistrats war nicht zu erkennen.

Stadträtin Thies berichtet, dass der Pächter eine bestimmte Rechtsposition herbeiführen wollte und gar kein Interesse am Weiterführen der Gastronomie hatte. Auf die Vorschläge der LHW ist er gar nicht eingegangen. Er ging davon aus, dass er mit der Entwicklung im Lokal gar nichts zu tun habe.

Stv. Wieltch freut sich zwar am Engagement in der Sache, hält aber die LHW für einen schlechten Gastronom. Er hält es für zu kleinteilig, wie die LHW sich hier verhalten habe. Man werde sich umfangreich mit der Dokumentation evtl. im Wege einer Akteneinsicht beschäftigen müssen. Beide Seiten haben sich offensichtlich nicht verstanden. Das Image sei dahin. Vielleicht könne man mit dem Kneipier in nicht öffentlicher Sitzung reden.

Stadträtin Thies stellt klar, dass man den Revisionsausschuss umfassend informieren wollte. Herr Funk und Frau Wagner hatten ständig mit den Querelen zu tun. Der Ausschuss wollte Details hören und habe Details bekommen.

Stv. Reiß möchte wissen, wann die Probleme mit dem Pächter anfangen - als die Umsätze zurückgingen oder evtl. schon früher.

Lt. Herrn Funk gibt es hier verschiedene Aspekte. Reibungspunkte mit dem Theater habe es schon nach 2 bis 3 Monaten gegeben. Die Probleme mit dem Kulturamt begannen im Januar, im Dezember

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

hatte es einen Termin wegen verschiedener Änderungen gegeben. Der intensive Briefaustausch begann im Mai, aber man habe zunächst ganz gezielt nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht.

Stv. Gerich möchte in der nächsten Sitzung mit entsprechenden Unterlagen intensiver diskutieren und schlägt vor, sich evtl. in kleiner Gruppe vorher zu treffen.

Vors. Tollebeek fasst zusammen, dass er bis zur nächsten Sitzung eine schriftliche Antwort auf die Fragen aus den Anträgen erwartet. Wenn alle Unterlagen vorliegen, kann er sich ein Vortreffen einer kleineren Gruppe vorstellen.

Er hat auch den Eindruck, dass die LHW bei Neuverpachtungsangelegenheiten kein besonderes Glück hat (Kulturmulde, Pariser Hoftheater usw.). Man sollte sich nach seiner Auffassung bei Pachtverträgen professionelle Hilfe holen. Die Verträge sollten dezidierter und wirklichkeitsnäher gestaltet werden. Umsatzbeteiligungen seien von vorne herein schlecht, wie das Rechtsamt dies empfehlen konnte, erschließt sich im nicht - dadurch werde doch Schwarzarbeit Tür und Tor geöffnet. Man sollte einen Modus finden, wie Pachtverträge zu gestalten sind.

Er fragt nach, ob es eine Übersicht über alle bestehenden Pachtverträge gäbe.

Für den neuen Pachtvertrag wünscht er sich, dass dieser „unter Gremienvorbehalt“ abgeschlossen wird.

Stadträtin Thies weist darauf hin, dass Stadtrat Schüler sich angeboten hat, den neuen Pachtvertrag zu prüfen.

Stv. Kienast-Dittrich fragt nach, wie denn die Ausschreibung für die Neuverpachtung aussieht und ob es ein Raster für die Auswahl gäbe.

Stv. Wieltsch weist darauf hin, dass beide Seiten die Ausschreibung gleich verstehen müssen - deshalb müsse präzisiert werden.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass die Verpachtung reines Verwaltungshandeln sei und sich der Ausschuss da nicht einzumischen habe. Er geht aber davon aus, dass die Verwaltung die Interessen des Ausschusses verstanden habe. Er könnte sich vorstellen, dass das Parlament andere Verfahrensrichtlinien für Verpachtungen festschreibt und z. B. die Verdingungskommission zukünftig hier einsetzt. Das würde aber die Abläufe etwas erschweren.

Die Angelegenheit kommt in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 27.10.2010 erneut zum Aufruf.

Einstimmig

0141 10-F-01-0074

Wartburg

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.08.2010 -

siehe Ausführungen unter Beschluss Nr. 0140

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0142 **10-F-01-0068**

Druckerzeugnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der SPD-Fraktion vom 17.08.2010 -

Stv. Gericht begründet den Antrag und erklärt, dass es zwar ein Impressum gäbe, dieses aber oft fehlerhaft sei. Es würde z. B. die Druckereiangaben oder die Verantwortlichen fehlen.

Herr Funk (Kulturamt) erklärt, dass Wiesbaden-Marketing für diese Dinge zuständig sei.

Einstimmig

0143 **10-F-25-0075**

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Klärung des Genehmigungsverfahrens
JN-Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden am 08.05.2010
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 17.06.2010 -
HIER: Festlegung eines Termins zur Akteneinsicht

Als Termin für die Akteneinsicht wird der 28.09.2010 in den Räumen des Ordnungsamtes festgelegt.
Alle Fraktionen und der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration werden
zu diesem Termin ebenfalls eingeladen.

Einstimmig

0144 **10-F-01-0057**

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

s. Beschluss 0143

Einstimmig

0145 **10-F-07-0012**

Verteilung von Druckerzeugnissen des Kulturamtes
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 02.03.2010 -

Hierzu liegt ein schriftlicher Bericht vor, der zur Kenntnis genommen wird.

Der Antrag hat seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0146 **10-V-20-0028**

Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2008

Die nachgereichten Austauschseiten werden zur Kenntnis genommen.

Es wird außerdem zur Kenntnis genommen, dass sich der Revisionsausschuss und der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 19. und 26.11.2010 jeweils von 16 Uhr bis maximal 21 Uhr im ZVK-Gebäude treffen werden.

Dort werden Revisionsamt (Herr Dr. Kleine und eine neue Kollegin) und Kämmerei gemeinsam über die Neuerungen beim Jahresabschluss durch die Einführung der Doppik berichten.

Einstimmig

0147 **10-V-01-0009**

Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2009 und Budget 2010/2011

Stv. Reiß fragt nach Mehrausgaben auf Seite 7 der Vorlage.

Herr Funk wird sich schlau machen und berichten. Es handelt sich um Kosten im Regiebetrieb. Die Haushaltsansätze würden immer fortgeschrieben.

Vors. Tollebeek möchte noch wissen, ob die Ansätze in den Vorjahren immer überschritten wurden oder nur in diesem Jahr.

Die Sitzungsvorlage gilt als eingebracht und kommt in der nächsten Ausschusssitzung erneut zum Aufruf.

Einstimmig

0148 **10-V-20-0027**

132. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2009; Großstädte" (Schlussbericht)

Stv. Dumont du Voitel fragt nach, ob nicht langfristig die Beteiligung der LHW geändert werden könne (die LHW habe die größte Minderheitsbeteiligung):

Frau Schmertmann (Kämmerei) berichtet, dass es ein neues Konzept geben werde. Die Anzahl der Beteiligungen soll zurückgefahren werden. Bei dieser Entscheidung wird das Parlament natürlich beteiligt.

Einstimmig

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0149 10-V-20-0033

Abschlussbericht über das Projekt " Aufbau einer elektronischen Akte LHW / eGovernment-Labor " ; Beschlussfassung für neue Projektphase " Produktivnahme eAktien LHW "

Stv. Wieltsh fragt nach aufgezeigten Nutzenpotentialen.

Er vermisse eine Präzisierung. In der Vorlage sei alles so beschrieben, dass es eintreten könne oder auch nicht.

In interessiert, wie viele Mietkosten konkret eingespart werden und möchte wissen, wie der Alterungsprozess aufgehalten werden solle.

Vors. Tollebeek erklärt, dass zwar von Einsparungen in Höhe von 3,5 Mio € die Rede sei, aber nicht klar ist, wo und wie diese Einsparungen eigentlich erfolgen sollen.

Stadträtin Zeimetz kann die Angaben in der Vorlage nicht hinreichend präzisieren. So wie sie die Diskussion im Magistrat verstanden habe, könne man im Moment nichts konkret beziffern. Man habe z. B. immer noch Archive. Einsparungen werden sicher erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung eintreten. Im Moment sei alles als Projekt aufgelegt.

Das das Ganze peu a peu gehen wird, ist Stv. Wieltsh schon klar, aber er möchte das Ganze doch mit Zahlen untermauert haben.

Einsparungen von 3,5 Mio € haben nach Aussagen von Vors. Tollebeek mit Stellen zu tun oder mit Flächen oder mit Papier o.ä.

Seiner Auffassung nach sollte man lieber 1500 Schreibkräfte einstellen, die mit der Schreibmaschine schreiben. Dadurch hätte man 1500 Menschen von der Straße geholt und nicht einem Großkonzern für Software eine Menge Geld gezahlt.

Er überlegt, ob man die EDV-Prüfgruppe nicht wieder beleben solle und fragt, wo denn der Benefit sei.

Stv. Wieltsh spricht an, dass von einer Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit die Rede ist - „es könnte sich positiv auswirken“ hieße es in der Vorlage - aber was heißt das konkret.

Herr Ortseifen wird in die nächste Sitzung des Ausschusses eingeladen und soll über die konkreten Zahlen usw. berichten.

Einstimmig

0150 10-V-36-0010

Lärmschutzwand an der L 3028 Wiesbaden-Delkenheim

Stv. Wieltsh interessieren die Deckungsvorschläge in diesem Fall.

Vors. Tollebeek klärt auf, dass dies eine Maßnahme aus dem Sonderkonjunkturprogramm ist, die kurzfristig gemeldet wurde. Im Schulbereich habe es umfangreiche Ansätze gegeben. Wenn Geld übrig sei, könne zusätzlich etwas „geholt werden“.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stv. Wieltsch weist darauf hin, dass man gerade das „woanders holen“ mit der doppik abschaffen wollte.

Lt. Vors. Tollebeek muss die Maßnahme aber durchgeführt werden

Stv. Reiß fragt nach, wie es überhaupt zu dieser Vorlage kommen konnte.

Stv. Maaß erklärt, dass der Lärmschutz an der L 3028 schon seit 25 Jahren gefordert würde. Sie war selber erstaunt, dass die Lärmschutzmaßnahme jetzt durchgeführt wurde und auch die Einfamilienhäuser gleich mit geschützt wurden, was aber sinnvoll ist.

Auch der Mitarbeiter des Umweltamtes bestätigt, dass es sinnvoll war, die noch fehlenden 100 m Lärmschutz zuzusetzen.

Sollten weitere Kosten entstehen, kommt auch eine neue Sitzungsvorlage. Zunächst war man von 480.000 € für 400 m Lärmschutzwand ausgegangen, jetzt habe es eine Erhöhung auf 640.000 gegeben. Die Fa. Dorsch-Consult habe die Planung gemacht.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass man bei diesen Projekten relativ gut liege. Bei manchen Projekten wird weniger, bei manchen mehr ausgegeben, aber extreme Ausreißer habe es nicht gegeben. Die Stadt könne erst dann kalkulieren, wenn der Vertrag ausgehandelt worden sei.

Einstimmig

0151 10-V-33-0002

Einführung des neuen elektronischen Personalausweises (nPA)

Vors. Tollebeek gibt zu Protokoll, dass er Wert darauf legt, dass das Konnexitätsprinzip eingehalten werde und fordert den Magistrat auf, alle dazu geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um dieses durchzusetzen. Er schlägt vor, dass alle Ausgaben, die der LHW von Bund oder Land aufgegeben werden und kein vernünftige Kostenregelung aufweisen, unter Ausschöpfung aller Rechtsmittel solange nicht umgesetzt werden, bis die LHW dazu gezwungen wird.

Stv. Wieltsch weist darauf hin, dass es eigentlich Aufgabe des Städtetages wäre, hier einzugreifen und zu unterstützen.

Lt. Vors. Tollebeek hatten wir ja beim Zensus Erfolg, weil die LHW jeden Tag in der Presse lautstark auf die mangelnde Finanzierung aufmerksam gemacht hat.

Stadträtin Zeimetz erklärt, dass der Magistrat diese Aussage mit größter Dankbarkeit höre, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass das Konnexitätsprinzip nur für Maßnahmen des Landes, aber nicht des Bundes gäbe.

Lt. Stv. Wieltsch könnte der Städtetag aber trotzdem versuchen, auf den Bund einzuwirken. Außerdem interessiert ihn, was der neue Personalausweis uns wirklich kostet und was die Bundesdruckerei erhält.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0152 **10-V-10-0013**

Verlagerung der Poststelle und des Druck-Centers in das Gebäude Hasengartenstraße 21

Lt. Stv. Gerich sollte man diese Sitzungsvorlage ablehnen. Die beteiligten Mitarbeiter lehnen den Umzug auf breiter Front ab. Er möchte außerdem wissen, was mit den freiwerdenden Räumen passiert. Außerdem hätte der OB diese Umstrukturierung auch mittels einer Organisationsverfügung durchführen können.

Herr Baum (Hauptamt) erklärt, dass 2006 eine Studie mit Unterstützung der ebs erstellt wurde, in der die Zusammenführung der Poststellen befürwortet hat. Der Magistrat hatte die Studie seinerzeit zur Kenntnis genommen. Das Hauptamt hatte den Auftrag erhalten, ein Konzept zu erarbeiten. Fakt ist, dass es mehrere Poststellen innerhalb der Verwaltung gibt (Hauptamt, Schulamt, Amt für Soziale Arbeit), die oft die gleichen Stellen anfahren (z. B. die Kitas). Dies soll durch die Zusammenlegung vermieden werden.

Für die freien Räume habe man ein Raumkonzept aufgelegt. Man rechne z. B. mit 2 neuen Fraktionen nach der Kommunalwahl 2011. Man wolle außerdem im Erdgeschoss des Rathauses dauerhaft einen Raum für Wahlen einrichten, der auch für Besprechungen genutzt werden könne. Auch alle bürgerintensiven Bereiche sollen im Erdgeschoss konzentriert werden.

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag von Stv. Gerich, den Magistrat zu bitten, in einem Jahr nach Umzug der Poststelle (Mitte 2012) einen Bericht vorzulegen, aus dem die Synergieeffekte hervorgehen (eingespartes Personal, Kosten für Benzin usw.).

gegen SPD und BLW

0153 **Verschiedenes**

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

0154 **10-V-20-0029**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2010

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0135 **Verschiedenes nicht - öffentlich**

Die Übersicht des Amtes für Soziale Arbeit über die Rückforderung zuviel gezahlter Sozialhilfeleistungen wird zur Kenntnis genommen.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0157 Einstimmig
 10-V-20-0029

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2010

Der zu dieser Sitzung erwartete Bericht über die Krankheitszeiten der ESWE-Busfahrern und den Rückgang von Verkäufen von Monatskarten wird dem Ausschuss zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Einstimmig

0158 07-A-19-0002

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Frau Schupp (Antikorruptionsbeauftragte) berichtet mündlich zu folgenden Bereichen:

Präventive Maßnahmen

- Die Compliance-Richtlinie ist umgearbeitet worden. Vorgesehen ist, dass diese Richtlinie ein Teil eines umfangreichen Governmentkodex wird. Die Compliance-Richtlinie soll vorab den städtischen Gesellschaften zur Verfügung gestellt werden.
- Auch in den vergangenen Monaten wurden die Nachwuchskräfte geschult. Auch Nicht-Verwaltungsberufe wurden mit einbezogen.

Neue Maßnahmen

- In Zusammenarbeit mit der Kämmerei wird ein Projekt zur Auswertung von Auftragsvergaben aufgelegt. Geklärt werden soll u.a., ob aus SAP relevante Angaben herausgefiltert werden können. Dieses Projekt soll ein Teil eines internen Kontrollsystems zunächst für die Kernverwaltung werden.
- Frau Schupp ist Mitglied in einem Arbeitskreis von Antikorruptionsbeauftragten und hat an 2 Sitzungen teilgenommen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist auf diesem Gebiet Vorreiter.

Einzelanfragen/neue Fälle

- Es kommt nach wie vor zu Einzelanfragen in der Regel im Zusammenhang mit der Annahme von Belohnungen aller Art.
- Ein Fall von Getränkeverkäufen im Rahmen von Hausmeistertätigkeiten in Bürgerhäusern wird zurzeit der Sachverhalt geprüft.
- Bei mattiaqua kam es zu einem Verlust von Kasseneinnahmen i. H. v. 2.500 €. Das Revisionsamt hat die Betriebsleitung angeschrieben.
- Bei Amt 32 kam es zu einem Fall von privater Internetnutzung und der Nutzung eines Diensthandys zu privaten Zwecken. Es ist ein Schaden von 1.800 € entstanden, der zur Zeit noch geklärt wird.

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Im Fundbüro hat es Unstimmigkeiten bei Versteigerungen gegeben. Die ersteigerten Wertsachen kamen beim Bieter nicht an. Die Prüfung läuft noch.

Altfälle

- Bei den ELW gab es aus 2005 noch eine Anzeige. Dieses Verfahren wurde 2009 eingestellt. Der Mitarbeiter, der lange dort tätig war, ist zwischenzeitlich in den Ruhestand getreten.
 - Ein bekannter Altfall ist die illegale Bauschuttentsorgung. Der Unternehmer wurde mit einem Strafbefehl und Geldstrafe belegt. Bei einem Mitarbeiter wurde das Verfahren eingestellt, ein weiteres Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, weil der Mitarbeiter Einspruch erhoben hat.
 - Zu einer Anfrage der BLW zu verwandtschaftlichen Beziehungen im Zusammenhang mit einer Angelegenheit im Bereich der SEG hat das Revisionsamt geprüft. Der Prüfbericht ist zur Stellungnahme der SEG vorgelegt worden; die Antwort steht allerdings noch aus.
2. Auf Anregung des Ausschusses wird Frau Schupp gebeten zu klären, ob es zu einer Art „Adresshandel“ im Bereich der Meldebehörde gekommen ist.
 3. Frau Schupp wird gebeten, zum Ende der Wahlzeit am 02.02.2011 einen weiteren Sachstandsbericht zu ihrer Tätigkeit zu geben.

Herr Löber berichtet, dass es gerade im EDV-Bereich schon vor Jahren gute Grundsatzbeschlüsse gegeben habe. Man müsste einen Pool für solche Beschlüsse aufbauen.

Stv. Reiß bittet um Klärung folgenden Sachverhaltes:

Seit einiger Zeit erhält er Werbung, in der alle seine 3 Vornamen genannt werden. Diese Angaben habe aber nur das Einwohnermeldeamt. Muss man davon ausgehen, dass das Einwohnermeldeamt Daten weitergibt?

Frau Schupp wird dies versuchen zu klären.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller darum zu bitten, bei Verfügungen usw. möglichst den deutschen Sprachschatz zu verwenden und nicht zu häufig englische Fachbegriffe zu verwenden.

Der nächste Bericht von Frau Schupp wird vor der Kommunalwahl in der letzten Sitzung des Ausschusses in der jetzigen Zusammensetzung am 02.02.2011 gegeben.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 10.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Seite 15 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. August 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba